


# DAS WEB-ARCHIV aus dem JAHR



Inhalt der offenen Bürgeranträge ([Abgehandelte Anträge sind im Archiv zu finden](#)):

- [Aufgabe der Beteiligung der Stadt Herten an der VMW GmbH](#) 
- [Baumschutzsatzung 16.3.03](#)
- [Parkraumbeschaffung Innenstadt während des Neubaus Rathausgalerie](#) 25.9.02
- [Prüfungsauftrag Stadtentwicklungsprojekt](#)
- [Verkehrlenkungsmaßnahmen für die NS-Achse](#) 21.05.02

An den Bürgermeister und den Rat  
der Stadt Herten  
Kurt Schumacherstr.  
45699 Herten

19.Aug. 2003

## **Bürgerantrag nach Gemeindeordnung § 24**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
wir bitten, dem Rat folgenden Text zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

***Der Rat der Stadt Herten stellt fest, dass eine Beteiligung an der VMWmbH unter veränderten Rahmenbedingungen den städtischen Interessen nicht mehr entspricht.***

**Die Beteiligung der Stadt Herten an der VMW GmbH, als eine der 7 Wohnungsgesellschaften in Herten) soll daher aufgegeben werden.**

**Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Mehrheitsgesellschafter Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten sowie mit dem Minderheitsgesellschafter Stadt Recklinghausen aufzunehmen, die das Ziel eines zeitnahen Ausstieges als Gesellschafter verfolgen.**

**Begründung:**

Die städtische Teilhabe an der ehemals gemeinnützigen Gesellschaft VMW (heute; Vestisch-Märkische Wohnungsbaugesellschaft m b H; Lessingstraße 65, 45657 Recklinghausen; Geschäftsführung Jörg Achim Schwenzfeier (Sprecher), Siegfried Leigrotz; Handelsregister Amtsgericht Recklinghausen HRB 0123 USt.-IdNr. DE 811116369) war zur Zeit der Dominanz des Bergbaus als Arbeitgeber in dieser Stadt wohl begründet: einerseits ging es darum, die Wohnungsversorgung für den großen Teil der im Bergbau tätigen Wohnbevölkerung zu entwickeln und auszubauen, andererseits konnten somit städtische Infrastrukturmaßnahmen und Wohnungsbau effektiv verzahnt werden.

Spätesten mit dem vollständigen Rückzug des Bergbaus - Aufgabe der letzten Zechenstandorte in Herten im Jahre 2000 - tritt die Bedeutung des Bergbaus in den Hintergrund. Dadurch ist die Plausibilität einer besonderen Verbindung zur bergbauverbundenen Wohnungswirtschaft nicht mehr gegeben. Zudem stellt bei anhaltendem Bevölkerungsrückgang in Herten und Umgebung, Leerstände und Vermietungsproblemen, eine wohnungswirtschaftliche Versorgung mit Mietwohnun

gen sich nicht länger als kommunales Problem dar. Dem entsprechend setzte der Rat den stadtentwicklungspolitische Schwerpunkt bereits auf Nachverdichtung und

den Bau von Eigenheimen. In der fachlichen Diskussion tritt derzeit der Rückbau von Wohnsubstanz in den Vordergrund.

Die einstmals kommunale Einbindung in einer gemeinnützigen Gesellschaft wandelte sich nach Aufgabe der Gemeinnützigkeit zu Beginn der 90er Jahre zu einer Verflechtung mit einem v.a. gewinnorientierten Wohnungsunternehmen. Im Internet stellt sich VMW ([http://www.vmw-online.de/wir\\_ueber\\_uns/index.html](http://www.vmw-online.de/wir_ueber_uns/index.html)) wie folgt dar:

*„Seit mehr als 50 Jahren ist die Vestisch-Märkische Wohnungsbaugesellschaft mbH (VMW) im Wohnungs- und Eigenheimbau tätig. Während wir lange Zeit nur im werksgebundenen Wohnungsbau tätig waren, können wir Ihnen heute auch eine große Anzahl von frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohnungen anbieten. Mit unseren 46 Mitarbeitern bewirtschaften wir zur Zeit rd. 7.500 eigene Wohnungen im östlichen Ruhrgebiet - und es wird weiter gebaut.“*

Politische Vernunft sowie die Verpflichtung zu Neutralität, diskriminierenden oder begünstigenden Nähe zu beliebigen der insgesamt am Markt tätigen Unternehmen entgegen; dies umso zwingender, als mit Liquidierung steuerlichen Förderung von Gemeinnützigkeit auch eine generelle Privilegierung solcher wohnungswirtschaftlicher Unternehmen keinesfalls mehr gerechtfertigt werden kann.

C. Bei VMW (anders als beispielsweise bei der Hertener Wohnstätten Genossenschaft.e.G.) handelt es sich auch um ein wirtschaftliches Unternehmen ohne Sozialverpflichtung, dessen Zielsetzung mit der Gemeinwohlverpflichtung der Kommune, d.h. der Verwaltung und des Rates nicht generell konform ist, im Einzelfall den Interessen einer Kommune vielmehr zuwiderlaufen kann (Wir erinnern an das umstrittene Verdichtungsprojekt im Gebiet des Bebauungsplanes 112).

Politische Vernunft gebietet es, diesen Zielkonflikten zwischen Partialinteresse und Gemeinwohl grundsätzlich aus dem Wege zu gehen.

D. Auf der personalen Ebene findet sich das Problem der Verschränkung öffentlicher und privater Interessen personenbezogen in den Mitgliedern der Aufsichtsrats- und Gesellschafterversammlungsmitglieder wieder. Per Gesetz bleiben nämlich die kommunalen Vertreter in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der VMW dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Unabhängigkeit und Objektivität der Vertreter aus Rat und Verwaltung sollte unbedingt wiederhergestellt werden.

**Fazit: Für eine Trennung von der VMW sprechen zwei Gründe:**

**Das Entfallen aller früheren Gründe für eine Beteiligung, d.h. Vorrang der Wohnungsversorgung, Privilegierung gemeinnütziger Unternehmen.**

**Das Vorhandensein von Zielkonflikten sowie den Interessenkonflikten der vom Rat entsandten Vertreter in den Gremien der VMW angesichts möglicher negativer Ergebnissen für die Belange der Kommune und ihrer Bürger.**



Donnerstag, 2.1. August 2003 »Nummer 193\*, Abschrift

## Raus der der VMW?

### **ANTRAG: Pro Herten verlangt Ausstieg**

**Die Stadt Herten sollte ihre Beteiligung an der Vestisch Märkischen Wohnungsbaugesellschaft (VMW) aufgeben. Das fordert Pro Herten in einem Bürgerantrag.**

Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen sollte die Verwaltung mit dem Mehrheitsgesellschafter (Treuhandstelle für Bergbauwohnstätten) und dem Minderheitsgesellschafter (Stadt Recklinghausen) Verhandlungen über einen Ausstieg aufnehmen. Nach dem Rückzug des Bergbaus und der Aufgabe der Gemeinnützigkeit zu Beginn der 90er Jahre mache die Beteiligung keinen Sinn mehr. Im Gegenteil: Nach Meinung von Pro Herten entstehen durch die Beteiligung im Einzelfall Zielkonflikte wie beim umstrittenen Verdichtungsprojekt Wiesenstraße.

Solchen Konflikten zwischen Parteiinteresse und Gemeinwohl solle man grundsätzlich aus dem Wöge gehen.

„Unabhängigkeit und Objektivität der Vertreter aus Rat und Verwaltung sollten unbedingt wieder hergestellt werden.“ —sp

## Manche Genossen merken nix

Reaktion auf unseren Antrag, Abschrift der Stellungnahme in der Hertener Allgemeine vom 23.8.03:

**„Kritischen Fragen ausgewichen " Von: Horst Menzel, SPD-Ratsherr**

Betr.: Artikel „Raus aus der VMW“

HA vom 21. August

Selbstverständlich wäre eine in der Sache begründete Problematisierung der Beteiligung der Stadt Herten an der Vestisch-Markischen Wohnungsbaugesellschaft ernsthaft zu diskutieren.

Aber auch bei diesem Vorstoß der so genannten „Arbeitsgemeinschaft von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen“ ist unschwer zu erkennen, worum es den selbst ernannten politischen Tugendwächtern geht. In aus dem Handgelenk gestreuten Diffamierungen werden bei den Entscheidungen demokratisch gewählter Ratsvertreter „Konflikte zwischen Partei(ial?)interesse und Gemeinwohl“ ausgemacht und „Unabhängigkeit und Objektivität“ in Frage gestellt.

Derlei in hochnäsiger Rigorosität formulierte Rundumschläge haben die Funktionäre von „Pro Herten“ bereits öfters bohrenden Fragen kritischer Bürger ausgesetzt denen sie bis heute ausgewichen sind. Wissend, dass ihr Verhalten zu immer mehr Misstrauen Anlass gab.

Was will „Pro Herten“ tun, um den Bürgern ein transparenteres Bild der eigenen Organisation zu vermitteln?

Für wen spricht „Pro Herten“, welches Bürgervotum legitimiert diese Gruppierung?

Aus welchen finanziellen Quellen speist sich ihre Tätigkeit und Öffentlichkeitsarbeit? Ist an eine Veröffentlichung des Finanzgebarens gedacht?

Wie sollen bei „Pro Herten“ und den diese Organisation tragenden Einrichtungen „Ämterhäufung“ und „Ämterpatronage“ verhindert werden? Welche Verflechtungen gibt es zwischen den Verbänden und Arbeitsgemeinschaften? Wir alle wissen, wie wichtig Klarheit und Transparenz bei den sich am politischen Diskurs beteiligenden Gruppierungen für das Vertrauen der Bürger und für die Glaubwürdigkeit politischer Teilhabe sind. „Pro Herten“ sollte diese Grundlage funktionierender Demokratie vor Ort nicht aus den Augen verlieren.

Anmerkung: Bitte nehmen Sie auch unsere Erklärung unter zur Kenntnis:

Abschrift gescannt:

DER BÜRGERMEISTER Technologie und Lebensqualität

Briefadresse: Stadtverwaltung - 45697 Herten

Eingang 5.12.03

PRO Herten

Herrn Joachim Jürgens

Schützenstr. 84

45699 Herten

Ansprechpartnerin --  
Katja Gaul  
E-Mail  
[k.gaul@herten.de](mailto:k.gaul@herten.de)

Datum 1. Dezember 2003

## **Bürgeranregung gem. § 24 der Gemeindeordnung NW vom 30. April 2003**

hier: Aufgabe der Beteiligung der Stadt Herten an der **Vestisch-Märkischen Wohnungsbaugesellschaft mbH**

Sehr geehrter Herr Jürgens,  
der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 19. November 2003  
Mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme, beschlossen, **Ihrer o.a. Anregung, vier weitere  
Gedenkplatten zur Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus zu verlegen, nicht zu  
folgen.**

Dies führt dazu, dass das förmliche Anregungsverfahren abgeschlossen ist. Die  
Verwaltungsvorlage ist Ihnen bereits mit den Einladungsunterlagen zur Sitzung des  
Fachausschusses zugesandt worden.

Mit freundlichem Gruß

Rose Stadt. Verwaltungsdirektor

PRO - Herten; J. Jürgens, Schützenstr.84, 45699 Herten

An den  
Ratsvorsitzenden & Bürgermeister  
Herrn Klaus Bechtel  
Kurt-Schumacher-Straße  
**45699 Herten**

### **Antrag gem. § 24 GO.NRW**

#### **Verkehrslenkungsmaßnahmen für die NS-Achse**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Rates.

*Die Arbeitsgemeinschaft Umweltverbände und Bürgerinitiativen (AGUBI) stellt den Antrag zu beschließen:*  
Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fachausschuss ein Konzept für eine Verkehrslenkung in Verbindung mit dem in Arbeit befindlichem Lärmscreening Programm auszuarbeiten und vorzulegen. Hierbei ist insbesondere der LKW-Durchgangsverkehr in N/S-Richtung durch geeignete Maßnahmen aus dem Stadtgebiet so weit wie möglich zu verbannen.

#### **Begründung:**

Wir beziehen uns auf die Aussagen der Verwaltung in der WAZ vom 12. Mai 2002 – „Bagger auf Schützenstraße schaffen täglich neun Meter“ – Das Verkehrs-Chaos ist bislang ausgeblieben -. Weiter dort in der Aussage Ihrer Pressestelle, bezogen auf die Mehrbelastung der Ewaldstraße infolge der Vollsperrung Schützenstraße:  
„Beschwerden irgendwelcher Art habe es bislang nicht gegeben - weder von den Anwohnern der Schützenstraße noch von Verkehrsteilnehmern.“

Bislang wurde Bürgern in Sachen Lärminderung auf der Schützenstraße, sowie auch dem Rat von Seiten der Verwaltung der Eindruck vermittelt, dass dringende Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung auf der Schützenstraße daran scheitern, dass die Landesstraße L638 und im weiteren Zuge die Feldstraße an der

Verkehrsmehrbelastung kollabieren.

Die derzeitige Situation zeigt überdeutlich, dass zwar der Verkehr auf der Ewaldstraße zugenommen hat, dass jedoch der gesamte LKW-Verkehr in N/S-Richtung drastisch nachgelassen hat. Hier findet offensichtlich ein Ausweichen auf die leistungsstarken Bundesautobahnen statt. Die AGUBI fragt nach, warum kann diese Situation nicht grundsätzlich in einem Verkehrslenkungs-konzept festgeschrieben werden? Aus diesem Grunde stellen wir den Antrag, unverzüglich ein Verkehrslenkungs-konzept auszuarbeiten, dass die Bevölkerung (ggf. auch zum Nachteil des Durchgangsverkehrs im Stadtgebiet Herten) vor übermäßiger Lärmbelastung schützt.

Hierbei sollte berücksichtigt werden, dass sich im Gegensatz zu der Aussage des Stadtbaurates eine Tempo-Beschränkung durchaus in logischer, kostenreduzierender, technischer und juristischer Hinsicht anbietet. Die AGUBI stellt diesen Antrag, weil

diese Maßnahme ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt fördert,

das Aufgreifen von Bürgeranregungen die Identifikation mit dem Gemeinwesen Stadt erhöht,

die Straße im Grundsatz Kommunikationsraum der Bürger ist und nicht Abkürzung für Durchgangsverkehr.

die Verkehrsprognose zum FNP 1980 vom Rat u. Verwaltung falsch eingeschätzt wurde

Einschätzungen zur Entlastung lärmgeschädigter Bürger seitens der Verwaltung offensichtlich falsch waren und es dadurch möglicherweise zu Fehlbeschlüssen des Rates kam.

im Hinblick auf das zu erwartenden Logistikzentrum gerade in unserem Umfeld ein dadurch bedingter erhöhter Güterstraßenverkehr zu erwarten ist.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. für Pro-Herten

Joachim Jürgens

Norbert Müller

gez. Hans Heinrich Holland



## Abschrift

22.05.2002

### **Bürger- AG will Lkw aus Stadtgebiet verbannen**

Die Arbeitsgemeinschaft der Umweltverbände und Bürgerinitiativen "Pro Herten" will den Lkw-Durchgangsverkehr in der Nord-Süd-Richtung so weit wie möglich aus dem Stadtgebiet verbannen.

In einem Bürgerantrag fordert die Arbeitsgemeinschaft (AG), dass die Stadtverwaltung ein Konzept für eine entsprechende Verkehrslenkung erarbeiten soll.

Die Begründung für dieses Ansinnen hat viel mit der zurzeit laufenden Kanalbaumaßnahme an der Schützenstraße zu tun. Dabei hätten sich zwei Erkenntnisse ergeben: Erstens bliebe nach Aussagen der Verwaltung das Verkehrschaos auf der Ewaldstraße aus und Beschwerden von Anwohnern oder Autofahrern lägen nicht vor, und zweitens hätte der Lkw-Verkehr in Nord-Süd-Richtung drastisch nachgelassen. "Hier findet offensichtlich ein Ausweichen auf die leistungsstarken Autobahnen statt", wie Hans-Heinrich Holland, einer der AG-Sprecher, erklärte.

Und deshalb frage die AG nach, ob man diese Situation nicht festschreiben könne in einem Verkehrslenkungs-konzept. Unter anderem solle dabei eine Tempo-Beschränkung ins Auge gefasst werden.

21.05.2002 Verkehrskonzept:

Abschrift

### **Verbände fordern jetzt ein Verkehrskonzept**

Die Stadt soll ein stadtweites Konzept für die Verkehrslenkung erstellen. Ziel könnte vor allem sein, den Lkw-Durchgangsverkehr von den innerstädtischen Hertener Straßen zu verbannen. Das fordert jetzt die Arbeitsgemeinschaft Umweltverbände und Bürgerinitiativen (AGUBI) in einem Antrag an den Rat der Stadt.

Joachim Jürgens, Sprecher dieser Arbeitsgemeinschaft, selbst Schützenstraßen-Anwohner, und seine Mitstreiter Norbert Müller und Hans-Heinrich Holland, verweisen auf die aktuelle Sperrung der Schützenstraße wegen der laufenden Kanalbau-Arbeiten.

Die jetzige Situation und das Ausbleiben eines befürchteten Verkehrschaos zeige "überdeutlich, dass zwar der Verkehr auf der Ewaldstraße zugenommen hat, dass jedoch der gesamte Lkw-Verkehr in Nord-Süd-Richtung drastisch nachgelassen hat. Hier findet offensichtlich ein Ausweichen auf die leistungsstarken Bundesautobahnen statt."

Solche Effekte könnten durch ein gefordertes Konzept verstärkt und installiert werden, meint die Arbeitsgemeinschaft in ihrem Antrag. So könne vor allem die Bevölkerung vor übermäßiger Lärmentwicklung geschützt werden. In diesem Zusammenhang verweist die AGUBI auf das geplante Logistik-Zentrum und fürchtet weitere Verkehrsverdichtungen.

[Inhalt ▲](#)

### **AUTOR: Manfred Schwirske**

#### **unterstützt und getragen durch:**

*Reinhard Bömke • Beate Breitwieser-Goldmann • Irene Beste • Herbert Beste • Roland Kerutt Eva Koch • Ingo Koch • Regina & Joachim Jürgens • Hans Heinrich Holland • Peter Martschinke • Norbert Müller • Susanne Schwirske • Manfred Schwirske*

### **Antrag gem. § 24 GO.NRW**

Prüfungsauftrag an die Verwaltung:

Projekt im Rahmen des NRW-Stadterneuerungsprogramms (Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen): „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“.

***Die AGUBI Pro-Herten stellt den Antrag zu beschließen:***

***Die Verwaltung wird beauftragt,***

***Möglichkeiten für ein Stadtentwicklungsprojekt im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt - Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ zu untersuchen;***

***eine Zusammenführung bzw. Erhebung geeigneter Daten vorzunehmen, die eine Beurteilungssozialräumlicher Differenzierungen der Lebensbedingungen und Lebenslagen innerhalb des Stadtgebietes gestatten.***

Begründung:

Zu I.

Verwaltungen, Politik und Wissenschaft im Ruhrgebiet haben die Entwicklungen und mannigfaltigen Folgen des Strukturwandels in den Revierstädten untersucht. Insgesamt zeigt sich darin, dass vor allem die Städte der Emscherzone von Armut, Arbeitslosigkeit, ökologischer Überlastung und sozialer Polarisierung betroffen sind. Alle Indikatoren weisen auch aus, dass der Reviernordrand, besonders Herne, Gelsenkirchen, ähnlich auch Herten besonders stark betroffen sind. Auch innerhalb dieser Städte existieren wiederum extreme Ungleichheiten der Lebensbedingungen in den verschiedenen Stadtteilen.

Solche Erkenntnisse decken sich im übrigen sehr gut mit den Erfahrungen der betroffenen Bürger sowie der in Politik und Verwaltung Verantwortung Tragenden. Herkömmliche Wege zur Minderung solcher Problemlagen haben sich allerdings als nur beschränkt erfolgreich erwiesen.

Die Landesregierung bietet unter dem Titel „Soziale Stadt“ seit einigen Jahren ausgearbeitete, inzwischen bewährte Konzepte an und stellt hierfür finanzielle Ressourcen bereit.

Das NRW-Programm „Soziale Stadt - Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ ist darauf

ausgerichtet, den Abwärtsentwicklungen in von sozialen und ökonomischen Problemen benachteiligten Stadtquartieren zu begegnen. Ein integrativer Ansatz zur Stadt- oder Quartiersentwicklung gestattet es, die vielfach verschränkten Problemlagen, wie hohe Arbeitslosigkeit, Armut, auch Kinderarmut, soziale Segregation und Polarisierung, Marginalisierung von Migranten, Infrastrukturdefizite, bauliche und ökologische Mängel, usw., in einem ganzheitlichen Ansatz aufzugreifen und die Quartiersentwicklung in den Problembereichen nachhaltig zu fördern. Das Programm setzt stark auf die Beteiligung und Aktivierung der Betroffenen selbst und lässt Schwerpunktsetzungen zu, die den spezifischen örtlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Die jeweils spezifischen sozialen und ökologischen Problemlagen sind mit geeigneten Mitteln zu untersuchen und zu dokumentieren (Ökologisches Gutachten, Sozialraumstatistik, hierzu siehe II.).

#### **Leitmotiv des Bund Länder Programms Soziale Stadt:**

„Das Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" hat zum Ziel, sozial unverträgliche Entwicklungen in Stadtteilen mit Erneuerungsbedarf zu mildern bzw. sozialverträglich zu gestalten. Sozialverträgliche Planung zielt demgegenüber von vornherein darauf ab, Planung so zu gestalten, dass sie sozialverträglich ist. Es gilt, eine besondere Sensibilität für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu entwickeln, Aushandlungsstrategien und Wege zur nachhaltigen Sozialverträglichkeit zu finden, Kooperationsformen zwischen den Ressorts auf kommunaler Ebene zur Geltendmachung und Abstimmung der unterschiedlichen Interessen zu erarbeiten, Beteiligungsstrukturen zu entwickeln, Kriterien zur Prüfung von Sozialverträglichkeit zusammenzutragen.“

Zu II.

Die AGUBI hatte bereits auf die Notwendigkeit einer Fortschreibung des Stadtökologischen Gutachtens hingewiesen. Ebenso wie ökologische Daten stellen sozialräumliche Erhebungen unverzichtbare Grundlagen einer effektiven und nachhaltigen Stadtentwicklung dar. Während jedoch das Datenmaterial zur Beschreibung der globalen sozialen Problemlagen im Revier umfangreich vorhanden und zugänglich ist, erweist sich eine Identifizierung und Differenzierung kleinräumiger Problemlagen innerhalb der Städte oftmals als schwierig bis unmöglich. Insbesondere kreisangehörige Städte verfügen hier kaum jemals über entsprechende Datensammlungen; so auch die Stadt Herten, deren (erste und) letzte umfassende räumlich differenzierte Darstellung sozialer Problemlagen sich im Armutsbericht der Diakonie aus dem Jahr 1988 findet. Andererseits sind die technischen Mittel der Erhebung und der kleinräumlichen Aufbereitung anfallender Prozessdaten wesentlich verbessert; etliche Daten sollten in unterschiedlichen Fachbereichen bereits verfügbar sein. Insofern dürfte die Aufstellung einer nachfolgend aktuell zu haltenden, zusammenfassenden sozialräumlichen Statistik heute durchaus realisierbar sein.

Mit freundlichen Grüßen

[Inhalt ▲](#)

Bürgermeister und Rat der Stadt  
45699 Herten  
*wegen der Dringlichkeit vorab via FAX/EMail*  
Rathaus

24. September 2002

**Antrag gem § 24 GO NRW**

**Parkraumbeschaffung Innenstadt während des Neubaus Rathausgalerie**

Der Rat der Stadt Herten möge beschließen:

**„Für die Übergangszeit des Parkhausneubaus (Rathausgalerie) wird die Ewaldstraße als Fläche für den Wochenmarkt ausgewiesen und freigegeben“**



### **Begründung:**

Das vorgestellte Konzept der Verwaltung, die Ewaldstraße für den Kfz-Verkehr, auch versuchsweise für vier bis sechs (kostensspielige) Wochen, zu öffnen und eine Fahrspur des Innenstadtringes als Parkfläche auszuweisen, können wir nicht gutheißen.

Das eigentliche Problem (wohl auch von den Fraktionen der UWG sowie Bündnis90/die Grünen erkannt) ist die Parkplatznot gerade während des Wochenmarktes.

Hier widerspricht sich der Verwaltungsvorschlag, den Wochenmarkt als Parkfläche zu nutzen, da die Fläche, gerade wenn sie gebraucht wird, nicht zur Verfügung stehen.

Wir glauben, dass eine Verlegung des Wochenmarktes auf die Ewaldstraße ([sh. Plan](#)) mehrere positive Effekte beinhaltet.

1. steht im genannten Zeitraum die jetzige Fläche des Wochenmarktes jederzeit für das Parken zur Verfügung. Die Parkplätze sind so gelegen, dass der Markt und die anliegenden Geschäfte auf kurzer Distanz erreicht werden können.
2. Das ortsnahe Parken belebt die Innenstadt dadurch nicht nur an Markttagen.
3. Der synergistische Effekt, dass an Markttagen die anliegenden Geschäfte Beachtung finden, wird zu einer Umsatzsteigerung der Geschäfte im Innenbereich führen und somit zu einer wirtschaftlichen Verbesserung beitragen.
4. Da der Zugang ausschließlich von der K. Schumacher Straße erfolgen sollte (in Höhe der jetzigen Park-Tiefgarage), ist mit bedeutend weniger Kosten zu rechnen, als die von der Verwaltung, (auch provisorischen) vorgeschlagenen Lösung.

Unser Antrag belebt die Innenstadt mit Menschen, die Vision der Verwaltung nur mit Autos und Abgase!

Für Pro Herten Joachim Jürgens

Unterschrift Joachim Jürgens

Mit der Unterstützung durch  
H. & I. Beste NABU  
R. Kerutt BUND  
H.H.Holland  
B. Goldmann Breitwieser  
M.M. Schwierske  
P. Martschinke

**KOMMENTAR (Der Hertener Allgemeine vom 26.Sept.2002, Abschrift)**

### *Kreative Lösung*

Angetan vom Straßenmarkt ist **Robert Klose**

„Pro Herten“ nennt sich ein Bündnis von Initiativen und Verbänden - ein Haufen von Querulanten, murren die Skeptiker, die wahren Volksvertreter, jubeln die Befürworter. Wie auch immer: In dieser Woche hat „Pro Herten“ seinem Namen alle Ehre gemacht. Kreativität kann wirklich erfrischend sein.

Es geht um die Ewaldstraße, um jenes kleine Stück vom Place d'Arras bis zur Kranzplatte, die für Autos (hoch) tabu ist. Die seit Monaten andauernde Diskussion der Parteien und Fraktionen führt in der Sache schon lange nicht mehr weiter. Die Gegner geloben zornig Widerstand bis zur letzten Wortmeldung. Bürgermeister Klaus Bechtel als erster aller Befürworter versucht ebenso krampfhaft wie vergeblich, die übergekochte Milch wieder aufzuwischen und jetzt als Wasser zu verkaufen.

Während sich die politischen Fronten immer weiter verhärten und schon die Öffnung des Marktplatzes, zumindest für lautes Murren im Hintergrund sorgte, melden sich besagte Initiativen zu Wort. Wie wäre es denn, so ihr Vorschlag, den Wochenmarkt vom Marktplatz auf eben diese Ewaldstraße zu verlagern?

Vieles spricht für diese Lösung, so gut wie nichts dagegen. Erstens: Das logische Manko des Marktplatzes - besonders knapp sind die Parkplätze während des Wochenmarkts, genau dann stehen sie nicht zur Verfügung- wäre

aufgehoben, der Marktplatz allerdings nur noch ein reiner Parkplatz.

Zweitens: Die Einzelhändler könnten sich über den ungewohnten Kunden-Zustrom freuen, gerade in dem **Denkpause wäre gut**

Bereich der City, der immer weiter verödet. Wer über den Wochenmarkt bummelt, wird eher als ein vorbei brausender Autofahrer auch mal einen Blick ins nächste Schaufenster werfen.

Drittens: Die quälende Diskussion um die Öffnung der Ewaldstraße müsste zumindest im Augenblick nicht weiter geführt werden. Statt die altbekannten Argumente wieder und wieder und wieder zu wiederholen, könnten die Politiker die Bauzeit der Rathaus-Galerien als kreative Denkpause nützen.

Vielleicht fällt ihnen ja auch mal etwas Neues ein, so wie den Bürgern von „Pro Herten“.

---

### Empfangsbestätigung des Bürgermeisters vom 1.10.2002

#### **ABSCHRIFT**

#### **Ihre Anregung gem. § 24 GO NRW vom 24.09.2002**

Hier: Parkraumbeschaffung Innenstadt während des Neubaus Rathausgalerien

Sehr geehrter Herr Jürgens,

ich bestätige den Eingang Ihres oben angeführten Schreibens.

Entsprechend dem Beratungsergebnis des APBU vom 12.09.2002 wurde die Verwaltung beauftragt, zu dem Thema „Attraktivitätssteigerung der Fußgängerzone“ zur nächsten Sitzungsfolge des Rates und seiner Ausschüsse eine gesonderte Vorlage zu erstellen. Hierbei soll u. a. die grundsätzliche Zielsetzung einer Verringerung der Fußgängerzone in der Innenstadt durch Freigabe für den motorisierten Verkehr oder durch andere geeignete Maßnahmen berücksichtigt werden.

**Aufgrund des Themenschwerpunktes und unter Berücksichtigung der Zielsetzung Ihrer o. a. Eingabe habe ich Ihre Anregung zur Beratung und Vorbereitung einer Entscheidung an den Ausschuß für Ordnung und Feuerschutz verwiesen.**

**Sie erhalten die Möglichkeit, Ihre Anregung im vorgenannten Ausschuß kurz mündlich zu erläutern. Der Ausschußtermin - voraussichtlich November 2002 - wird Ihnen durch den zuständigen Schriftführer rechtzeitig mitgeteilt.**

**Anschließend entscheidet der Haupt- und Finanzausschuß über Ihre Anregung. (Anm. Im Jahr 2003?)**

**Eine Behandlung Ihrer Anregung - darauf möchte ich an dieser Stelle besonders hinweisen - in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.10.2002 erfolgt aufgrund der beabsichtigten Vorgehensweise hingegen nicht.**

Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass bei dem Tagesordnungspunkt 3.2.1 „Grundwassermonitoring“ in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.10.2002 ein weiteres Rederecht nicht vorgesehen ist.

Von dem Rederecht haben Sie bereits in der Sitzung des APBU am 12.09.02 Gebrauch gemacht. Die irrtümliche Einladung zur Sitzung des HuFA bitte ich daher als gegenstandslos zu betrachten

Unterschrift Rambalski

#### Pressereaktionen Auszugsweise

##### **WAZ Herten**

CDU, Grüne und UWG forderten die Verwaltung zudem auf, die Idee der Bürgerinitiative "Pro Herten" zu prüfen, den Wochenmarkt übergangsweise auf die Ewaldstraße zu legen. Dem stimmte Dirk Vogt (SPD) zu, wenngleich er "viele Probleme" bei der Umsetzung sieht. WAZ 02.10.2002 Hauptausschuss

##### **Hertener Allgemeine**

Breiten Raum in der Diskussion nahm der Vorschlag des Initiativen-Dachverbandes "Pro Herten" ein, den Markt auf die Fußgängerzone Ewaldstraße zu verlagern. Sprecher aller Fraktionen ließen deutliche Sympathien für diese Idee erkennen. Die Stadt soll aber zunächst prüfen, ob diese Verlagerung etwa unter Sicherheitsaspekten machbar ist.

Hertener Allgemeine - 03. 10. 2002

#### Unsere Antwort auf das Schreiben des Bürgermeisters vom

Sehr geehrter Herr Bürgermeister.

Wir beziehen uns auf unseren Antrag: „Parkraumbeschaffung Innenstadt während des Neubaus Rathausgalerie“ vom 24.09.2002 und Ihre Antwort dazu vom 01.10.2002

Wir baten unseren Antrag im Haupt- und Finanzausschuss als Tagesordnungspunkt zuzufügen, da er im direkten Zusammenhang mit Ihrem Begehren der Verkehrsöffnung der Innenstadt steht. Ihr Verlangen war schon Gegenstand von kontroversen Beratungen im Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt (APBU). Unser Ansuchen verhält sich somit diametral gegen Ihre Idee, die Innenstadt für den Kfz-Verkehr zu öffnen. Nur aus diesem Grund sollte demzufolge unserer Anliegen in dem genannten Ausschuss als konstruktiver Beitrag beifügt werden und somit auch Gegenstand der daraus resultierenden Beratungen werden.

Sie werden sicherlich unser Befremden verstehen, dass Sie beabsichtigen, den Antrag „voraussichtlich im November 2002 „ im Ausschuss für Ordnung und Feuerschutz – also zu einem Zeitpunkt, wo weitgehende Entscheidungen in dieser Sache gefallen wären, zu behandeln.

Dieses ist und kann doch nicht Sinn der Auslegung von Bürgerbegehren sein. Sollte dieses Verfahren Schule machen, würde jegliche Bürgerbeteiligung – sinnvoll oder nicht – ins Adabsurdum geführt werden können.

Da Ihre Reaktion auf unseren Ersuchen nicht unerwartet war, haben wir allen Fraktionen eine Kopie des Antrages vorab direkt zur Verfügung gestellt. Erfreulich ist zu bemerken, dass auch alle Fraktionen den Zusammenhang unseres Antrages erkannt haben und ihn indirekter Weise trotzdem in der Sitzung zum Gegenstand der Beratung machten.

So bitten wir ernsthaft um Beantwortung der Frage, ob es überhaupt noch Sinn macht, den Inhalt unseres Antrages im besagten Ausschuss für Ordnung und Feuerschutz kurz mündlich zu erläutern, zumal es sich gezeigt hat, dass auch ohne dieses Entgegenkommen die Substanz des Ersuchens von den Mitgliedern des Rates verstanden wurde.

Wir möchten Abschließend darauf hinweisen, dass wir die geäußerten Bedenken bezüglich Sicherheitsaspekte für nicht so gravierend halten, da ja gleiches bei der Verlegung des Wochenmarktes in diesem Bereich während einer Kirmes, sowie auch die Nutzung der Fläche für den Weihnachtsmarkt / Weinmarkt u.ä. Veranstaltungen auch keine sicherheitsrelevanten Bedenken darstellten.

Bezüglich Gebührenerhebung für das Parken wäre es doch möglicherweise Sinnvoll, die Gebührenerfassungsvorrichtung des abzubrechenden Parkhauses weiter zu nutzen.

Im Auftrag von Pro-Herten,

mit freundlichen Grüßen  
gez. Joachim Jürgens

07.10.2002

Abschrift

**„Pro Herten“ reagiert sauer**

**ANTRAG: An Fachausschuss verwiesen**

**Mit „Befremden“ reagiert jetzt „Pro Herten“, Dachverband von Hertener Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, auf die Behandlung seines Antrages in Sachen Marktplatz-Verlegung. Die Sache war im letzten Haupt- und Finanzausschuss von den Fraktionen erwähnt, aber nicht offiziell beraten worden.**

Joachim Jürgens wendet sich jetzt mit einem Brief an Bürgermeister Klaus Bechtel, der zugleich Vorsitzender des besagten Ausschusses ist. „Pro Herten“ hätte nach Jürgens' Worten erwartet, dass dieser Antrag wegen des direkten inhaltlichen Bezuges mit dem Vorschlag der Stadtverwaltung beraten würde, ein Stück der Ewaldstraße für den motorisierten Verkehr zu öffnen. Jürgens verweist darauf, dass der Antrag der Initiativen genau die entgegengesetzte Stoßrichtung verfolgt - deshalb habe man erwartet, dass er als „konstruktiver Beitrag“ berücksichtigt würde.

Offiziell beraten werden soll der Pro-Herten-Antrag nun in der nächsten Sitzung des Ratsausschusses für Ordnung und Feuerschutz. Jürgens bittet „ernsthaft um Beantwortung der Frage, ob es überhaupt noch Sinn macht, den Inhalt unseres Antrages im besagten Ausschuss... kurz mündlich zu erläutern, zumal es sich gezeigt hat, dass auch ohne dieses Entgegenkommen die Substanz des Ersuchens von den Mitgliedern des Rates verstanden wurde.“

vom 08.10.2002

Abschrift

**SPD spricht erst mit Händlern !**

**VERGIN: Jürgens-Kritik sei überflüssig**

„Die Kritik von Herrn Jürgens und Pro Herten an der Entscheidung, über eine Verlegung des Wochenmarktes in die Fußgängerzone in der nächsten Ausschusssitzung zu diskutieren, ist nicht nachvollziehbar und eigentlich überflüssig,“ so Dietmar Vergin stellv. Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion und Vorsitzender des Planungsausschusses. Kritik um der Kritik willen bringe uns in der anstehenden Grundsatzfrage um die Zukunft unserer Fußgängerzone nicht weiter.

Dietmar Vergin in einer Pressemitteilung dazu: „Wir haben im Fachausschuss und dem Haupt- und Finanzausschuss entschieden, die Frage der Öffnung von Teilen der Ewaldstraße für den Autoverkehr oder anderen Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung für die südlichen Teile des fußläufigen Bereichs dieser Strasse, in den Sitzungen der entsprechenden Ausschüsse im November zu beraten und zu entscheiden. Dazu gehört auch die Anregung von Pro Herten. Von daher kann ich die Briefaktion und Kritik von Jürgens nicht verstehen.“ Die SPD-Fraktion zu dem Thema habe einen entsprechenden Antrag eingebracht. Dietmar Vergin: „Wir wollen eine Entscheidung nach Ansicht von Alternativen und Unterlagen treffen, um eine sachgerechte und den Interessen der Ewaldstraße entgegenkommende politische Entscheidung zu fällen. Gerade Herr Jürgens ist es doch immer wieder, der einfordert, dass politische Entscheidungen nach Beachtung aller Unterlagen erfolgen sollen. Seine jetzige Kritik ist von daher überflüssig und unverständlich.“ Zudem müssten noch Gespräche mit den Marktbesckern stattfinden. **Dietmar Vergin: „Wir müssen doch Zunächst wissen, ob die Markthändler eine Verlegung des Wochenmarktes akzeptieren. Sollte dies nicht der Fall sein, ist das Thema erledigt.“**

Anm.: letzte Aussage Vergin: Wer bestimmt eigentlich noch in Herten, Marktbesckiker oder der Rat ??, sollte es nicht heißen dann ist das Thema für die SPD erledigt, oder glaubt die SPD, an der Spitze der Bürgermeister, immer noch allein bestimmt (ohne Bürger/Opposition), wo es lang geht (jj)

**Abschrift**  
08.10.2002

Herrn

Joachim Jürgens

Schützenstraße 84

45699 Herten

**Ihr Fax vom 4. Oktober 2002**

Sehr geehrter Herr Jürgens,

in Ihrem o.g. Fax kritisieren Sie das von mir gewählte Verfahren bei der Behandlung Ihres Antrags

„Parkraumbeschaffung Innenstadt während des Neubaus Rathausgalerie“ vom 24.09.2002 und meine dazu ergangene Antwort vom 1.10.2002.

Ich will Ihre Bewertung hinsichtlich des Verfahrens nicht weiter kommentieren.

Lassen Sie mich deshalb zunächst noch einmal festhalten, dass alle Fraktionen und auch ich es grundsätzlich für richtig halten, im Zusammenhang mit der jetzt geplanten Parkraumbereitstellung eine Verlegung des Hertener Wochenmarktes bzw. eine veränderte Gestaltung zu prüfen.

Diese Zielsetzung wurde bereits in der Vergangenheit durch die Verwaltung verschiedentlich verfolgt.

Die Umsetzung ist aber bisher zum einen wegen der damit verbundenen vielfachen ordnungsrechtlichen und technischen Probleme und zum anderen wegen der hier festgestellten Widerstände der Markthändler nicht umgesetzt worden.

Dennoch, das sollte uns nicht davon abhalten, erneut über diese Möglichkeit nachzudenken.

Wir werden hierzu auch noch einmal Kontakt mit den Markthändlern aufnehmen.

Ich halte allerdings eine fachliche Beratung im zuständigen Ausschuss für Ordnungswesen und Feuerschutz für zwingend erforderlich. Dies allein schon deshalb, damit die verschiedenen, in diesem Zusammenhang zu klärenden ordnungsrechtlichen Fragen ausreichend erörtert und entschieden werden können.

In diesem Fachausschuss haben Sie auch als Antragsteller die Möglichkeit, dies noch einmal mündlich zu begründen.

Unabhängig davon bestand aufgrund der Vorbereitungen im APBU und des dort festgelegten Verfahrens - nämlich eine erneute intensive Beratung in der Novembersitzungsfolge - auch kein zeitlicher Grund, Ihren Antrag bereits jetzt im Haupt- und Finanzausschuss zu behandeln.

Mit freundlichem Gruß

Klaus Bechtel

Unterschrift

Für den Rat der Stadt Herten  
Herrn Bürgermeister Klaus Bechtel  
Kurt-Schumacher-Strasse  
45699 Herten 16.März 2003

**16.03.2003**

Bürgerantrag gem. § 24 GO-NRW

**Wir bitten den Rat der Stadt Herten, eine Baumschutzsatzung für den städtisch besiedelten Bereich der Stadt Herten zu beschließen.**

Bereits in den Jahren 1984 und 1993 wurde der Rat der Stadt Herten durch Bürgeranträge des BUND - Herten aufgefordert, eine Baumschutzsatzung zu erstellen und zu beschließen.

Diese Anträge wurden jeweils zurückgewiesen mit Begründungen wie die Bürger nicht bevormunden zu wollen oder auch zu hoher Verwaltungsaufwand.

Die Erfahrungen anderer Städte (alle Kommunen im Umfeld von Herten arbeiten mit Baumschutzsatzungen, siehe Anlage) zeigen, dass die o.g. ablehnenden Begründungen in der Praxis nicht bestätigt werden und über die Baumschutzsatzungen überflüssige und willkürliche Baumopfer bei Straßenausbauten sowie Bau- und Veränderungsmaßnahmen verhindert wurden oder zumindest Ersatzpflanzungen vorgenommen wurden.

In Herten sind über die Jahre Bäume Bautätigkeiten zum Opfer gefallen. So ist z.B. bei dem Bauvorhaben im Bereich Wiesenstraße sämtliche Begrünung bis auf wenige Restbäume weggenommen worden. Hätten hier nicht noch Bäume erhalten bleiben können, wo die eventuelle Bebauung dies ermöglicht?

Bei den Entwicklungsmaßnahmen Bereich Zeche Ewald wurde ein ganzer Baumbestand gerodet, um dort für zukünftige Bebauung den Altlastenstatus zu messen und zu sanieren.

Nach Information der Anwohner hätten aber zumindest an den Stellen, die gar nicht von der Maßnahme betroffen sind, die Bäume erhalten werden können.

Unserem Antrag fügen wir als Anlage einen Entwurf für eine Baumschutzsatzung bei, die in dieser oder überarbeiteter Form verabschiedet werden soll.

In der Hoffnung auf einen positiven Ratsbeschluss verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Für Pro-Herten

Anlagen:

[1. Entwurf Baumschutzsatzung](#)

[2. Baumschutzsatzungen im Umfeld von Herten](#)

---

---

Inhalt:

- [Der Anfang](#)
- [Scheitern des Siedlungsprojektes Backumer Tal](#)
- [sinnlose Verdichtung](#)
- [Einwohnerfragestunde 2002](#)
- [Antrag gem. § 24 GO.NRW / Grundwassermonitoring](#)

## **Der Anfang:**

### **Bürger sind gegen sinnlose Verdichtung**

Erstmals haben sich Hertener Umweltverbände und Bürgerinitiativen zusammengesetzt und eine Arbeitsgemeinschaft gegründet - mit dem Ziel: sich einmischen in eine Stadtentwicklung, die ihnen gar nicht passt.

Beteiligt sind der Bund Umwelt- und Naturschutz, der Naturschutzbund sowie die Bürgerinitiativen Gertrudenau, Schützenstraße, Süd und gegen die Verbrennung von PCB im RZR und interessierte Bürger. Sie alle sind der Meinung, dass die Bebauung von Blockinnenbereichen und die Nachverdichtung von Siedlungen (wie von Viterra und VMW mehrfach geplant) sowohl sozial als auch ökologisch den Menschen schaden. Und: "Offensichtlich tut sich Politik mit einer Bewältigung der Herausforderung schwer." Deswegen wollen die Beteiligten als Gruppe der "sinnlosen und unsensiblen Verdichtungspolitik" entgegenreten. Sie wollen erreichen, dass - unter anderem - innerstädtische Freiflächen und Naturräume erhalten bleiben und die Sanierung von Altbeständen favorisiert werden sollen.

In nächster Zeit sollen weitere Treffen dieser "Bewegung von unten" folgen. Wer Interesse an einer Teilnahme hat, kann sich wenden an Herbert Beste (Tel: 02366 / 4 15 98), Roland Kerutt (Tel: 02366 / 88 57 46) oder Manfred Schwierske (Tel: 02366 / 3 97 42).

WAZ-19.02.2002

**BUND, NABU und BIs arbeiten nun zusammen**

Die Umweltverbände und Bürgerinitiativen (BI) Hertens haben eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, in der sie zum Thema Stadtentwicklung gemeinsam weiter arbeiten wollen.

BUND, Naturschutzbund, die BI Kolonie Gertrudenau, die BI Schützenstraße, die BI Süd Ewald-/Wiesen-/Schützenstraße und die BI gegen die Verbrennung von PCB im RZR – sie alle bilden nun die Arbeitsgemeinschaft der Umweltverbände und Bürgerinitiativen in Hertens.

Sie wollen sich gemeinsam um neue Perspektiven einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung kümmern. In der Pressemitteilung zur Gründung heißt es unter anderem: "Ausgehend von den Erfahrungen in unterschiedlichen Aufgabenbereichen wurden die Gemeinsamkeiten gesucht und Zusammenhänge festgestellt. Was die Umweltverbände als zunehmende Verdichtung und Versiegelung städtischer Frei- und Naturräume wahrnehmen, erfahren Bürger als bauliche Verdichtung und Verlust von Garten- und Erholungsflächen."

Die Arbeitsgemeinschaft will sich zukünftig um folgende Aspekte kümmern: Sicherung der urbanen Lebensqualität für alle sozialen Schichten, Sicherung der innerstädtischen Freiflächen und Naturräume, Entwicklung von Wohnquartieren, Entwicklung und Ansiedlung von Industrie und Gewerbe als ökologische und naturverträgliche Ansiedlung, Sicherung und Aufwertung vorhandener Landschaftsteile, sowie umweltfreundlicher und sozialverträglicher Umbau und Sicherung des Verkehrsnetzes.

Das nächste Treffen der Arbeitsgemeinschaft ist für die letzte Februarwoche geplant. Weitere Informationen erhalten Interessenten bei folgenden Kontaktpersonen:

Herbert Beste , ( 0 23 66 / 4 15 98,

und Manfred Schwirske

## Inhalt ▲

### 21.04.2002

An den Bürgermeister der Stadt Hertens, mit der Bitte um Bekanntmachung dieses Dokumentes an den Rat **Das offenkundige Scheitern des Siedlungsprojektes Backumer Tal wertet die AGUBi als rote Ampel der gegenwärtigen von Rat und Verwaltung verantworteten Siedlungspolitik. Die AGUBi fordert, dass Verwaltung und Politik nun die überfälligen Konsequenzen aus den Erfahrungen ziehen.**

Nach Aussage von Baurat Lindner ist der Wohnungsmarkt in Hertens ins Stocken geraten, die Interessentengruppe sei abgegrast. Noch im März hatte Lindner in einer öffentlichen Veranstaltung die Geschichte einer angeblichen Hertener Familie beschrieben, die an den Nordrand des Ruhrgebietes ziehen müsse, weil Hertens keine Bauflächen für sie bereithalte. Offensichtlich passen beide Aussagen Lindners überhaupt nicht aufeinander. In der Tat sind offensive Bauprojekte angesichts sinkender Bevölkerung nicht mehr als ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft.

Auch an der der Feldstraße und anderswo liegen voll erschlossene Flächen brach. Auf anderen Flächen wird eine Verdichtung betrieben, welche noch vorhandene ökologische und urbane Qualität bevölkerungspolitischen Illusionen opfert. Die Strategie, Bürger anderer gebeuteltes Ruhrgebietskommunen abzuwerben, läuft auf einen ruinösen Wettbewerb um Einwohner zwischen den Städten der Emscherzone hinaus. Ein Wiederholen ähnlicher Fehler wie beim erfolglosen Wettbewerb um Gewerbeansiedlungen sollten vermieden werden.

Auch eine ausschließliche Abhängigkeit von ehemals sozialverpflichteten wohnungswirtschaftlichen Unternehmen, wie VITERRA und VMW erweist sich als städtebauliche Sackgasse, weil im globalisierten Wettbewerb deren Unternehmensziele weder Gemeinwohl noch Qualität, sondern Profite sind. Weil das Abschöpfen von Subventionen und Planungsgewinnen im Vordergrund steht, bleiben die städtebaulichen Projekte derzeit auf halbem Wege stecken.

Bereits vor Monaten hatte die Bürgerinitiative Süd darauf hingewiesen, dass angesichts der Abwanderungstendenzen im gesamten Ruhrgebiet keine neuen Bauflächen von der Art des Bebauungsplans Wiesenstraße erschlossen werden dürften. Vielmehr sei eine behutsamere Verdichtungspolitik und besonders die Substanzerhaltung und -aufwertungen des Bestandes geboten.

Hingegen führt die gegenwärtige Politik der innerstädtischen Verdichtung nur zu einem weiteren untragbaren Verlust an Lebensqualität für Hertens' Alteinwohner. Es kommt aber darauf an, gerade in den belasteten Quartieren Hertens Wohnwert und Lebensqualität anzuheben. Hierzu fehlen - das hat Prof. Strohmeier in der letzten Woche in einem Vortrag in Hertens (siehe Presseberichte) deutlich machen können - allerdings wichtige Daten zur Sozialstruktur der einzelnen Hertener Stadtteile. Die sollten im Rahmen einer dringend notwendigen Sozialberichterstattung erarbeitet werden.

Mit freundlichem Gruß

i. A. M.Schwirske

## DIE ANTWORT

Stadt Herten Herten, den 07.05.02  
Der Bürgermeister  
an Pro- Herten  
Arbeitsgemeinschaft der Umweltverbände  
Und Bürgerinitiativen in Herten  
z.H. Herrn M. Schwirske  
E-Mail-Adresse: <mailto:dk3rr@t-online.de>

### **Stellungnahme Ihrer Arbeitsgemeinschaft zur Siedlungspolitik in Herten**

#### **Ihr E-Mail vom 20.04.02**

*Sehr geehrter Herr Schwierske,  
mit der o.g. Nachricht haben Sie mir eine Stellungnahme Ihrer Arbeitsgemeinschaft zukommen lassen und mich gebeten, diese an die Ratsfraktionen zur Kenntnisnahme weiterzureichen.  
Hierbei handelt es sich nicht um eine Eingabe an den Rat, die als Anregung oder Beschwerde nach § 24 GO anzusehen ist und mit der sich der Rat oder ein Ausschuss zu befassen hätte.  
Ich bitte um Verständnis, dass ich Ihrem Wunsch nicht nachkomme.  
An mich gerichtete reine Meinungsäußerungen oder Stellungnahmen, die sich nicht aus rechtlich vorgeschriebenen oder ausdrücklich vom Rat bzw. seinen Ausschüssen gewollten Beteiligungsverfahren ableiten, werde ich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht an Ratsgremien weiterleiten.  
Wenn Sie das Bedürfnis haben, über Ihre Sichtweisen die örtliche Politik zu informieren, steht es Ihnen frei, direkt die Ratsfraktionen oder die politischen Parteien anzuschreiben (auch über E-Mail). Die jeweiligen Adressen finden Sie u.a. auf der städtischen Homepage unter [www.herten.de](http://www.herten.de).  
Mit freundlichem Gruß  
gez. Bechtel*

## **Antwort der AGUBi**

Herten, den **28. Mai 2002**

PRO-Herten; M.Schwirske, Wiesenstr 18, 45699 Herten  
An den Bürgermeister

via E-mail, Fax

der Stadt Herten  
Herrn Klaus Bechtel  
45699 Herten

Betr. Ihr Schreiben vom 7. Mai 2002  
Sehr geehrter Herr Bechtel,

Ihre Antwort versteht sich unseres Erachtens als Folge einer Irritation bezüglich der Intentionen unseres Schreibens. Unser Schreiben befasste sich mit der kritischen Lage am Wohnungsmarkt in Herten. Dabei ging es nicht darum, „die örtliche Politik“ über gewisse „Sichtweisen“ zu informieren. Das angesprochene Thema ist vielmehr darum bedeutungsvoll, weil es Rat und Verwaltung in Herten vermögen, auf drohende Fehlentwicklungen einzuwirken und Schaden von Stadt und Bürgern zu wenden. Unsere Arbeitsgruppe befasst sich seit einiger Zeit mit diesem Thema und ist von hierher zu der Auffassung gelangt, eine verstärkte Aufmerksamkeit der Verwaltung und des Rates der Stadt Herten für dieses Problem anzuregen. Gleichwohl waren wir der Auffassung, dieses zur jetzigen Zeit nicht in Form eines so genannten formellen Bürgerantrages nach §24 GO NRW tun zu sollen.

Unsere insofern informelle „Anregung“ richtet sich - neben Stadtverwaltung - nicht an die eine oder andere Fraktion, sondern an den Bürgermeister und den Rat in jeweiliger Zuständigkeit. Dabei war es uns selbstverständlich, Sie als Leiter der Verwaltung und Vorsitzenden des Rates - d.h. auch unter dem Aspekt der Höflichkeit gegenüber Ihnen als Ratsvorsitzendem - mit der Bitte um Weiterleitung in geeigneter Weise zu adressieren.

Wir betrachten diesen Weg, uns an den Rat zu wenden, daher als unumgebar und möchten ihn gelegentlich gern auch in Zukunft beschreiten dürfen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Manfred Schwirske



**Ratssitzung 2002**  
**TOP 3 Fragestunde für Einwohner**

**Fragen von Herrn Joachim Jürgens, Schützenstraße 84**

Herr Jürgens bittet um Erläuterung der Stellenstruktur der ca. 7.700 zu erwartenden neuen Arbeitsplätze im Rahmen der geplanten interkommunalen Projektes "Last Mile Logistik Netzwerk". Die Erfahrungswerte zeigen, so Bürgermeister Bechtel, dass man bei Logistikunternehmen pro Hektar ca. 60 - 80 Arbeitsplätze erwarten könne (Zuarbeit, Assistenzarbeit, qualifizierte Verwaltungsarbeit, Logistik Knowhow, Technik Knowhow) Herr Jürgens fragt nach, wie viele der Beschäftigten Fahrer seien. Bei verkehrsintensiven Betrieben schätze man so Herr Jürgens -, dass 90 % der Angestellten Fahrer seien. Er bittet die Verwaltung, dies zu überprüfen und ihm Mitteilung zu geben

Anschließend nimmt Herr Jürgens Bezug auf die ihm vom Polizeipräsidium Recklinghausen vorliegenden Unfallzahlen auf dem Streckenabschnitt Ewaldstraße Schützenstraße / Kaiserstraße. Er fragt nach, welche Vorkehrungen getroffen werden, um die Bevölkerung zu schützen. Stadtbaurat Lindner informiert, dass in den letzten drei Jahren für keine der o.a. Straßen eine Unfallhäufungsstelle gemeldet worden sei. Die Unfallkommission habe sich jedoch am 15.11.2001 mit der Unfallhäufungsstelle im Kreuzungsbereich Kaiserstraße/Feldstraße/ Schützenstraße beschäftigt und Maßnahmen beraten. Die Information, um welche Maßnahmen es sich handele, könne nachgeliefert werden In der Verkehrsplanung werde man auch nochmals die von Herrn Jürgens eingereichte Liste der übrigen Unfälle auswerten

Auf die Frage von Herrn Jürgens, wie man in Zukunft die Bürger politisch wieder motivieren wolle, erklärt Bürgermeister Bechtel, er sei der Auffassung dass die Hertener Bürger aktiv am städtischen Geschehen teilnähmen und mit ihrem Engagement zur Stadtentwicklung beitragen (z.B. Zukunftswerkstatt Schule, Gertrudenau, Wiesenstraße)

**Fragen von Herrn Manfred Schwirske, Wiesenstraße 18**

Herr Schwirske vermutet, dass in den letzten Jahren durch die Stadtentwicklung (Geschosswohnungsbau / Reiheneigenheimbau, u.U. ein größerer Fehlbedarf an Kleingartenanlagen entstanden sei. Er fragt nach, in welcher Weise die Verwaltung darauf reagieren werde. Bürgermeister Bechtel teilt mit, dass er diese Auffassung aus den Gesprächen, die er mit den vier großen Hertener Kleingartenvereinen geführt habe, nicht bestätigen könne. Auch Stadtbaurat Lindner stimmt der Ansicht von Herrn Schwirske nicht zu, dass durch die Wohnbauflächenentwicklung der vergangenen Jahre der Bedarf erhöht worden sei. Auf die Anmerkung von Herrn Schwirske, zur wohnortnahen Versorgung mit Kleingartenanlagen weist er darauf hin dass die Kleingärtner durchaus bereit seien, 2 - 3 km zu ihrem Gartenland zu Gärten. Man müsse registrieren, dass die Stadt Herten über eine Siedlungsstruktur verfüge, in der viele Bürger nicht nur in Eigenheimen, sondern auch in Mietwohnungen auf dem Grundstück über eine Möglichkeit zur Gartennutzung verfügen. Herr Schwirske möchte wissen, ob der Verwaltung bekannt sei, dass Gartenpächtern aus Herten- Süd von Wohnungsbauunternehmen Ersatzgartenland in Kleingartenanlagen außerhalb von Herten zugewiesen bzw. angeboten worden sei. Stadtbaurat Lindner schlägt vor, dass sich in diesen Fällen die Interessenten nochmals an die Verwaltung wenden. Man werde sich bemühen, auch Standorte in Herten zu vermitteln.

### **Fragen von Frau Beate Breitwieser-Goldmann, Schützenstraße 150**

Auf die Frage von Frau Breitwieser-Goldmann zum Bebauungsplan Nr 112 erklärt! Bürgermeister Bechtel, dass der Rat diesen Beschluss mit großer Mehrheit gefasst habe. Es seien Vereinbarungen und Änderungen auch im Sinne der Nachbarschaft getroffen worden, Frau Breitwieser-Goldmann kritisiert dass viele bereits als Bauland ausgewiesene Flächen leer stehen (Teile im Backumer Tal, Feldstraße) und darüber hinaus neue Baugrundstücke ausgewiesen werden sollen (Waldstraße). Bürgermeister Bechtel führt aus, dass immer wieder Baugrundstücke aus verschiedenen Gründen nicht bebaut werden. Er halte es für richtig, dass man in Hertener für Menschen mit unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen Grundstücke anbieten solle und müsse. Stadtbaurat Lindner widerspricht der Auffassung von Frau Breitwieser-Goldmann, dass die Ausweisung von Wohnbauflächen in den vergangenen Jahren nicht zur Umsetzung geführt haben.

Abschließend möchte Frau Breitwieser-Goldmann wissen, ob zu dem Antrag der Bürgerinitiative, die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplans Nr. 112 zu prüfen, bereits ein Ergebnis vorliege. Bürgermeister Bechtel verneint die Frage und teilt mit, dass er auf ihr Schreiben mit heutigen Datum auch formell geantwortet habe.

### **Fragen von Herrn Manfred Schwirske, Wiesenstraße 18**

Herr Schwirske fragt, wie sich die geplante Bebauung Waldstraße mit der generellen politischen Linie, nicht in die Freifläche zu bauen, vertrage. Bürgermeister Bechtel weist darauf hin, dass es Wille des Rates sei, dem Bevölkerungsschwund in Hertener entgegenzuwirken. Dafür müssen Baugebiete erschlossen werden. Herr Schwirske fragt nach, ob es nicht möglich sein könnte, dass sich beide Absichten, sowohl die Fläche im Außenbereich zu schonen, als auch eine schonende Bebauung von Blockinnenbereichen durchzuführen, durchaus miteinander vertragen, insbesondere im Hinblick darauf, dass der Altbestand erhebliche und zunehmende Potenziale biete, die Wohnansprüche der Bevölkerung zu befriedigen. Bürgermeister Bechtel ist der Ansicht, dass man in Hertener sehr schonend Baugebiete ausweise. Er macht darauf aufmerksam, dass die Bürger in der heutigen Zeit zunehmend die Möglichkeit suchen, ein Eigenheim zu realisieren. Daher müssen auch die Hertener Bürger die Möglichkeit finden, in Hertener sowohl zu niedrigen, als auch gehobenen Kosten zu bauen.

### **Frage von Herrn Peter Martschinke, Brinkstraße 18**

Mit Bezug auf einen Fernsehbericht fragt Herr Martschinke, ob der Hausmüll aus dem RZR im Zusammenhang mit Eco-City demnächst in Wuppertal entsorgt werde. Bürgermeister Bechtel erklärt, dass die Verwaltung diese Frage nicht beantworten könne. Hierzu müsste man die AGR fragen.

### **Frage von Herrn Joachim Jürgens, Schützenstraße 84**

Auf die Frage von Herrn Jürgens zu einem Schreiben der Landesregierung über eine Untersuchung der Bevölkerungsabwanderung aus dem Ruhrgebiet bis 2015 erklärt Bürgermeister Bechtel, wenn man dieser Bevölkerungsabwanderung nicht entgegenwirke, werde die Zahl derer, die aus dem Ruhrgebiet abwandern, noch größer.

[Inhalt ▲](#)

### **Antrag gem. § 24 GO.NRW / Grundwassermonitoring 14.05.2002**

Die AGUBI stellt den Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, im Fachausschuss ein Konzept für ein das ganze Stadtgebiet umfassendes

Grundwassermonitoring - Programm vorzulegen.

### **Begründung:**

Das Grundwassermonitoring stellt eine Gesamtkonzeption dar. Es hat die Aufgabe, praktische Grundlagen sowohl für die Einzelbeurteilung von Grundwasserschäden und quantitativen Eingriffen in den Grundwasserhaushalt zu liefern als auch eine Früherkennung von Grundwasserbeeinträchtigungen zu ermöglichen und eine Koordination von Maßnahmen über einzelne Projekte hinaus aufzubauen.

Eine kontinuierliche Beobachtung des Grundwassers (Monitoring) ist vor allem im Zusammenhang mit Altlasten und Deponien, während Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen (z.B. Ewaldgelände) von großer Bedeutung.

- [Grundwassermonitoring](#)
- 



**Sonntag, 15.09.2002**

Ausschuss lehnt "Monitoring" für Grundwasser ab: Keine Leute

Die Stadt wird kein "Grundwassermonitoring" erarbeiten. Der Planungsausschuss lehnte einen Antrag von "Pro Herten" dazu ab. Entscheiden muss der Hauptausschuss am 2. Oktober.

Hans-Heinrich Holland erläuterte für die Arbeitsgemeinschaft der Umweltverbände und Bürgerinitiativen (Pro Herten) am Donnerstag zwar noch einmal die Bedeutung des Grundwassermonitorings, die Verwaltung überzeugen vermochte er nicht.

Stadtplaner Wolfgang Seidel erkannte an, dass Beobachtung und Beurteilung des Grundwassers frühzeitig Schäden und Beeinträchtigungen aufzeigen würde. "Das erfordert aber Leute, die wir nicht haben", so Seidel. Die Stadt sei überfordert und müsse auf die Fachaufsicht, Kreis und Umweltamt, vertrauen.

Für die CDU befand Günter Neuhaus: "Es ist ja bekannt, dass sich die Stadt Herten nicht besonders in Umweltfragen engagiert. Hier aber hat sie Recht." thom

- **Der Antrag wird nach kurzer Diskussion im APBU am 12.Sept. 2002 wegen der Nichtzuständigkeit an den Kreis weitergeleitet (?)**

---

---

## ***So leicht geht das“ - Elke Marita Stuckel-Lotz (EMSL) und ihr Disput mit Pro Herten***

verantwortlich für diese Seite zeichnet HHH

### ***Ob andere Gründe mitspielen?***

—Von: Elke Marita Stuckel-Lotz

—Betr: Vorwürfe gegen Joachim Jürgens

—vom 6. Februar

Die Vorwürfe gegen Joachim Jürgens von Pro Herten überraschen mich nicht - er ist nicht nur „hartnäckig“ - er wiegelt auf, dass es nur so seine Freude damit hat. Ich würde gern wissen, ob alle Anwohnerinnen und Anwohner der Schützenstraße wirklich sicher sind, ob Herr Jürgens wirklich nur ihre Interessen vertreten will... oder ob da noch andere Gründe mitspielen? Ich warte übrigens noch heute auf die Beantwortung meines Fragebogens, den ich an Pro Herten geschickt habe, die süffisante Antwort von Herrn Jürgens war, ich sollte mir doch den News Letter von Pro Herten anschauen - ansonsten wären er und Pro Herten nicht

geneigt, meine Fragen zu beantworten.  
Also da war nix mit Fragen beantworten... so leicht geht das.

Im Übrigen war ich mit einer Freundin vom Frauen-InformationsNetzwerk bei der letzten Ratssitzung ebenfalls auf der Tribüne und die ständigen Kommentare und Gespräche dort oben von Herrn Jürgens und Begleitern waren nicht mehr zu ertragen und nervten uns beide gehörig. Ich würde den Naturschutzverbänden wirklich raten, autonom zu arbeiten und sich von Pro Herten, von Herrn Jürgens und einigen Weggefährten zu lösen.

Leserbrief: vollständig zitiert, abgedruckt in der Hertener Allgemeine vom 7. Februar 2003

Neben den im Text zu findenden Äußerungen von Frau Stuckel-Lotz, die die Absicht haben, Joachim Jürgens in der Öffentlichkeit herabzusetzen und zu diffamieren, findet sich eine Behauptung, die nicht der Wahrheit entspricht. In dem Leserbrief wird behauptet, dass Pro Herten einen Fragebogen von Frau Stuckel-Lotz nicht beantwortet hätte. Das ist schon seit fast 4 Monaten falsch.

Frau Stuckel-Lotz spricht von einer „süffisanten Antwort von Herrn Jürgens“, vergisst allerdings deutlich zu machen, welche anmaßenden Schreiben Pro Herten von ihr erreichten.

Da Schmutz- und Diffamierungskampagnen nicht unsere Ebene der Auseinandersetzung sind, dokumentieren wir hier den Schriftwechsel von Frau Stuckel-Lotz und Pro Herten. Wir überlassen damit die Beurteilung dem Leser.

### **WAZ: Im Oktober 2001: Hochkonjunktur für die Transparenz**

*Das Thema Transparenz wächst und gedeiht in Herten: 17 CDU-Stadtverordnete verraten jetzt im Internet ([www.herten.de](http://www.herten.de)), was sie für die Rathaus-Tätigkeit bekommen; Pro Herten verlangt von den Hertener Parteien Transparenz per Fragebogen; und die Grüne Elke Marita Stuckel-Lotz hat Pro Herten einen Fragebogen zugeschickt und bittet um Auskunft über Pro Herten. Aber der Reihe nach.*

*Eigentlich war es ein Pro-Herten-Antrag, dem 17 CDU-Stadtverordnete jetzt nachkamen - seit knapp einer Woche ist auf der "herten.de" im Internet nachzulesen, dass beispielsweise Bernd Wittebrock als stellvertretender Fraktionsvorsitzender pauschal 652 Euro pro Monat bekommt. Ganz egal, wie oft Sitzungen stattfinden. Außerdem erhält er als Aufsichtsrat der Stadtwerke 100 Euro pro Sitzung (etwa sechsmal im Jahr). Summa summarum also rund 700 Euro pro Monat. Na ja - ob 700 viel oder wenig ist, sei dahingestellt. Reich werden geht anders.*

*In der Debatte um den Pro-Herten-Antrag merkte der SPD-Fraktionsvorsitzende Dirk Vogt an, es gehe den Stadtverordneten Rohmann (UWG) "einen Scheißdreck an", was Vogt an Geldern für seine Ratstätigkeit bekomme. Auch wenn sich die SPD (noch?) der Transparenz verweigert, so kann man leicht aus den CDU-Daten herauslesen: ein "normaler" Ratsherr erhält 326 Euro und ein Fraktionsvorsitzender den dreifachen Satz, nämlich 978 Euro. Wie gesagt: Reich werden geht anders. Und wer sich in Herten um das Gemeinwohl kümmert, der muss sich nicht schämen, dafür eine zusätzliche Vergütung zu bekommen.*

*Ansonsten fragte jetzt Elke Marita Stuckel-Lotz bei Pro Herten nach: Sind Sie eine Bürgerinitiative? Wie hoch ist Ihre Frauenquote? Interessieren Sie sich für Frauenbelange? - Nicht zu vergessen: Wie finanzieren Sie sich? und: Sind sie politisch neutral? Bei der gegenwärtigen Hochkonjunktur für Transparenz kann es nur noch eine Frage von Stunden sein, wann die Antworten öffentlich werden.*

*Ach, es gibt wirklich Schlimmeres . . . G.M.*

[zitiert aus WAZ](#)

- **Fragen an die Bürgerinitiative Pro Herten  
(Anm.:gestellt von E.M.S.L.)**

- Sind Sie ein eingetragener Verein?
- Sind Sie eine Bürgerinitiative?
- Fühlen Sie sich als Bürgeranwalt in Herten?
- Seit wann besteht Ihre Gruppe?
- Wer ist Ihr Vorstand?
- Wer sind Ihre Ansprechpartner?
- Wieviele Personen umfasst Ihre Organisation?
- Wieviel Frauen arbeiten bei Ihnen mit?
- Wie hoch ist Ihre Frauenquote?
- Interessieren Sie sich für die Frauenbelange in Herten?
- Für welche Bereiche engagieren Sie sich besonders?
- Was sind Ihre Ziele?
- Wo sehen Sie Ihre Aufgaben?
- Sind Sie politisch neutral?
- Haben Sie ehemalige Parteimitglieder?
- Welche Parteien wären das?
- Haben Sie Parteimitglieder in Ihrer Gruppe?
- Welche Parteien oder Gruppierungen sind das?
- Gedenken Sie, sich am Kommunalwahlkampf zu beteiligen?
- Wie finanzieren Sie sich?
- Sind Sie bereit, Ihre Ziele in anderen Gruppierungen mal vorzustellen?

**Danke im voraus für die Beantwortung meiner Fragen.**

**Schicken Sie bitte bis zum Jahresende an folgende Adresse:**

**Elke Marita Stuckel-Lotz . Erlenstr. 4 . 45701 Herten**

**Tel.: 0209 / 359241**

**DI: 0171 / 9386631**

**e-mail: [stuckel-lotz@web.de](mailto:stuckel-lotz@web.de)**

**Anmerkung:** Das ist im Originalwortlaut das Schreiben, das Pro Herten erreichte – nackte Fragen, ohne Begründung weshalb sie gestellt werden! Der Presse waren sie bereits z.T. zu entnehmen, bevor wir selbst die Fragen kannten.

Sehr geehrte Frau Elke Marita Stuckel-Lotz

Bitte entschuldigen Sie, dass ich jetzt erst urlaubsbedingt im besitz Ihrer Post gekommen bin. Da jedoch vorab die Presse das Schreiben in Kopie hatte, gehe ich davon aus, dass es Ihnen mehr um Publicity als um eine sachliche Beantwortung der Fragen geht. Wir sehen keinen Beweggrund Ihre Fragen zu beantworten. Diese haben wir schon zu Beginn unserer Aktion ausführlich auf unserer Homepage [www.pro-herten.de](http://www.pro-herten.de) beantwortet. Offensichtlich haben Sie sich noch nicht bemüht, dort die Antworten zu Ihren Fragen zu finden. Auch glauben wir, dass Sie bislang noch nicht Abonnement unseres elektronischen Newsletter sind.

Vielleicht können wir Sie ja damit auch einmal erreichen. Im Übrigen machen wir bei unserer Arbeit keinen Unterschied zwischen Frauen und Männern, will sagen, wir arbeiten hermaphroditisch.

Mit freundlichen Grüßen, alles Gute  
Joachim Jürgens

Die Informationen in dieser E-Mail Nachricht und in deren eventuell vorhandenen Anhängen sind vertraulich und nur für den Adressaten bestimmt. Haben Sie diese Nachricht irrtümlich erhalten, so löschen Sie diese bitte samt Anhängen und informieren Sie den Absender per E-Mail. Besten Dank !  
The information's in this e-mail and any attachments are confidential and is intended for the addressee only. It may be attorney-client privileged. Copying, disclosure or use by anybody else is not authorized. If you are not the intended recipient, please delete this message and any attachments and alert the sender by

return e-mail. Thank you !

Les informations contenues dans cet e-mail, ainsi que toutes ses annexes sont confidentielles et destinées uniquement à l'adressé. Si vous avez reçu cet e-mail par erreur, nous vous prions de bien vouloir le détruire complètement et d'en informer l'expéditeur par e-mail. Merci beaucoup!

Antwort von Frau Stuckel-Lotz

Von: Elke Marita Stuckel-Lotz [<mailto:stuckel-lotz@web.de>]

Gesendet: Montag, 11. November 2002 17:23

An: [dk3rr@t-online.de](mailto:dk3rr@t-online.de)

Betreff: Re: Fragen

<[dk3rr@t-online.de](mailto:dk3rr@t-online.de)> schrieb am 30.10.02 11:25:35:

sg. herr jürgens!

danke für ihre e-mail - leider beantworten sie nicht meine fragen ! ich denke, sie fragen immer und möchten auch wissen - dann seien sie genauso offen. ihre homepage gibt leider nicht die gewünschte antwort auf die fragen, die an ihre gruppe gerichtet waren. sie überspringen geflissentlich speziell einige details, die ich nicht gnaz ohne bedeutung sehe.

ihr vorwurd, mein fragebogen ist auch an die presse gegangen, ist in dieser weise nicht berechtigt. glauben sie denn etwa, ich mache da in geheimer mission ? es ist alles zeitgleich an die presse - sowie an sie rausgegangen. natürlich nicht inoffiziell - sondern öffentlich, so wie sie doch auch die öffentlichkeit suchen. und warum auch nicht - es sollen ja keine versteckte aktionen sein.

ich wollte den ausgefüllten fragebogen im netzwerk und auch in anderen gruppen vorlegen und dann mal vorschlagen, sie einzuladen. das interesse zeigen sie hiermit nicht und ich glaube, ich persönlich habe nun auch kein interesse mehr daran. vor der einladung an sie wollte ich allerdings erstmal einige fakten klarstellen. dazu waren sie nicht bereit., die offenheit und transparenz, die sie von anderen gruppen von parteien und vond er verwaltung erwartten - bzw das entgegenkommen, zeigen sie selbst nicht. ich bedanke mich trotzdem und werde ihre e-mail weiterleiten u.a. natürlich auch zur presse.

(aber nicht nur)

mfg - elke marita stuckel-lotz

Von: Joachim Jürgens [<mailto:dk3rr@t-online.de>]

Gesendet: Montag, 11. November 2002 18:08

Sehr geehrte Frau EMSL,

Danke für Ihre Antwort. Ausdrücklich entbinden wir Sie von der Vertraulichkeit unserer Antwort. Ich stelle Ihnen anheim, mit meiner Antwort, die selbstverständlich, wie es bei uns üblich in Abstimmung der Pro-Herten Mitglieder(innen) erfolgte und getragen wird, nach belieben zu verfahren und verbleibe mit den allerbesten Grüßen Joachim Jürgens

-----  
-----

-----Ursprüngliche Nachricht-----

**Von:** Holland [<mailto:hhh48@freenet.de>]

**Gesendet:** Mittwoch, 13. November 2002 13:36

**An:** [j.juergens@pro-herten.de](mailto:j.juergens@pro-herten.de)

**Betreff:** Stuckel-Antwort

## **HINWEIS !**

**Als Newsletter allen Abonnenten mit Datum vom 14.11.2002 01:00 ebenfalls zugesandter folgender Text:**

Anbei die Antwort an EMSTL. Den Hauptteil mit der dicken Überschrift ohne den letzten Absatz sollten wir auch auf die Internetseite setzen.

Hhh

Das Papier ist überschrieben mit „Fragen an die Bürgerinitiative Pro Herten“. Weshalb dann gefragt wird, ob wir eine Bürgerinitiative sind, verursacht Kopfschütteln und die Frage drängt sich auf, ob die Frage wirklich ernst gemeint ist.

Bei regelmäßigen Leserbriefschreibern gehen wir davon aus, dass die Zeitungen auch gelesen werden, die regelmäßig auch über unsere Arbeit berichteten und berichten: Trotzdem haben wir die gewünschten Informationen zusammengestellt und werden sie auch als Download auf unserer Internetseite für Interessenten bereithalten. Nur wenige der hier aufgeführten Informationen sind nicht auf unserer Internetseite zu finden. Das Spektrum unserer Themen kann man sinnvoll tatsächlich nur über die Internetseite nachvollziehen, einige Grundlinien sollen trotzdem hier aufgeführt werden.

### **Über Pro Herten**

Anfang des Jahres 2002 berichteten beide Tageszeitungen von der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerinitiativen und Umweltverbände (AGUBi). In dieser Arbeitsgemeinschaft sind beide Hertener Umweltverbände (Naturschutzbund – NABU – und Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschlands – BUND – die auch eingetragene Vereine sind) und Hertener Bürgerinitiativen (keine eingetragenen Vereine, in der Regel Zusammenschluss von Bürgern mit bestimmter Zielsetzung) vertreten. Diese Arbeitsgemeinschaft vertritt sowohl die Interessen der Mitgliedsinitiativen und Verbände, um den jeweils eigenen Interessen gesamtstädtisch zusätzliches Gewicht zu geben. Darüber hinaus versteht sich diese Arbeitsgemeinschaft als Diskussionsforum gesamtstädtischer Probleme, wo die einzelnen Initiativen über den eigenen Tellerrand der verschiedenen Ortsteile schauen und ihre Erfahrungen aus den thematisch unterschiedlichen Initiativen mit einbringen.

Für unsere Internetseite suchten wir einen eingängigeren Namen und auf Vorschlag von Reinhard Bömke (NABU) einigten wir uns auf „Pro Herten“, weil unser Einsatz sich auf und „für“ die Stadt Herten bezieht. Inzwischen hat sich der Name „Pro Herten“ für unsere Arbeitsgemeinschaft durchgesetzt. Die Organisationsform ist damit auch beschrieben. Wenn man so will, ist es eine Bürgerinitiative der Bürgerinitiativen und Umweltverbände in Herten, die sich bei Bedarf trifft, um Positionen zu tagespolitischen Ereignissen abzustimmen und nötigenfalls in die Öffentlichkeit zu tragen. Natürlich gibt es in einer Arbeitsgemeinschaft keine Vorsitzenden, sondern gleichberechtigte Mitglieder und das Konsensprinzip.

Auch hieraus ergibt sich, dass es keine „Quotierung“ gibt. Die Initiativen und Verbände entscheiden selbst, wer sie in der Arbeitsgemeinschaft vertritt, besser, benennt diejenigen, die die zusätzliche Zeit dafür aufbringen wollen. Die Arbeit in den eigentlichen Initiativen geht weiter.

Teilnehmen an unseren Diskussionsrunden kann jeder. Bei speziellen Fragen bitten wir auch um die Teilnahme von Fachleuten aus den einzelnen Initiativen. Stellungnahmen gehen grundsätzlich nur heraus, wenn von allen Beteiligten ein Okay signalisiert wird (Konsensprinzip). Das gibt selbstverständlich auch mitunter heftige sachliche Diskussionen, wo der gemeinsame kleinste Nenner die Position der Arbeitsgemeinschaft dann ausmacht. Stellungnahmen von Pro Herten sind grundsätzlich mit Namen bzw. Namenskürzeln gekennzeichnet, die dann auch Ansprechpartner sind. Aufgrund des guten Informationsflusses sind aber immer alle auf hohem Informationsniveau, wo es keine Probleme macht, dass wir uns gegenseitig z.B. bei Bürgeranträgen vertreten können. Beim Antrag zum Grundwassermonitoring



z.B., war es bei der Verhinderung des Antragstellers kein Problem, dass die mündliche Begründung im Fachausschuss von jemand anderem vorgetragen wurde.

Eine genaue Zahl der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft lässt sich aufgrund der Organisationsform nicht angeben. Wie viele Frauen insgesamt in die Arbeit der Initiativen und Umweltverbände eingebunden sind, ist aus dem gleichen Grund nicht anzugeben. Regelmäßig arbeiten Irene Beste (NABU) und Beate Breitwieser-Goldmann (Initiative Herten-Süd) mit. Aber auch andere Frauen beteiligen sich von Fall zu Fall aktiv (z.B. bei der Einwohner-Zeugnis-Aktion). Spezielle Frauenthemen werden in der Arbeitsgemeinschaft nicht behandelt, jedoch ist nicht auszuschließen, dass wir uns bei Bedarf eines solchen Themas annehmen. Grundsätzlich möchten wir eine menschengerechte Politik, d.h. Rücksicht auf die eher Benachteiligten in unserer Gesellschaft. Dies schließt alle „Rand“gruppen und die Umwelt ein.

Die Organisationsform als lockere Arbeitsgemeinschaft bestimmt auch unsere Finanzierung. Die tragen in der Regel die Beteiligten selbst, bei Aufwendungen größerer Art (z.B. Druck der Einwohnerzeugnisse) auch die Mitgliedsorganisationen (z.B. NABU oder Nutzung der Infrastruktur Dritter).

Der „harte Kern“ der Beteiligten an der Arbeitsgemeinschaft kann auf der Homepage von „Pro Herten“ eingesehen werden – Platz für diejenigen, die sich da einblenden möchten, ist vorgesehen. Dort sind auch nähere Informationen – einschließlich Bild – über Parteizugehörigkeiten, Arbeit in Initiativen usw. zu finden. Die Frage nach „ehemaligen“ Parteizugehörigkeiten haben wir nie gestellt und können sie deshalb auch nicht beantworten.

Für Initiativen gibt es ein Grundprinzip: Sie *müssen* überparteilich sein und sollten auch innerhalb der Gruppe Parteipolitik vermeiden. Wir sind sicherlich nicht *politisch neutral*. Selbstverständlich beziehen wir politische Positionen, die auch nicht unbedingt jeweiligen Parteipräferenzen entsprechen müssen. Es bleibt Jedem überlassen, ob erarbeitete Positionen nicht auch in die jeweiligen Parteien getragen werden.

Pro Herten wird zu Wahlen auch nicht als Gruppierung antreten. Wir verstehen uns nicht als Konkurrenz zu den Parteien, sondern legen Wert auf sachliche Auseinandersetzung mit ihnen. Wir versuchen Sichtweisen und Argumente in Sachdiskussionen zu bringen, die aus der Sicht von betroffenen Bürgern und gesamtgesellschaftlichen Interessen formuliert wird. In diesem Sinne sind wir keine Bürgeranwälte, sondern versuchen eine Art Lobby der „Sprachlosen“ zu sein. Das bedeutet aber nicht, dass wir einzelnen Bürgern nicht auch helfen wollen. Die Entscheidung dazu trifft dann die Arbeitsgemeinschaft.

Das politische Spektrum der Republik hat sich ganz allgemein nach Rechts verschoben. Wir versuchen mit der Arbeit auch Alternativen der politischen Arbeit zu propagieren, um die Ohnmachtsgefühle mancher Menschen aufzufangen. Anders ausgedrückt: Wir zeigen andere Möglichkeiten politischer Arbeit auf, als über die „Bild-Zeitung“ etwas zu erreichen oder ganz Rechts zu wählen. (Unser politisches Selbstverständnis ist auch auf unserer Internetseite nachzulesen.)

Unser Themenspektrum ist inzwischen relativ breit und erschöpft sich sicherlich nicht in „Herummeckern“ an politischen Verhältnissen in Herten, sondern bemüht sich konstruktiv Hinweise zur Handhabung verschiedener Probleme zu liefern. Ja, wir versuchen gar Hintergründe von Entscheidungen zu erklären, d.h. wir tragen zur Transparenz von Entscheidungen bei.

Die Verhältnisse, in deren Umfeld Politik stattfindet, haben sich unmerklich verändert. Wir haben es heute z.T. mit Entscheidungen zu tun, die kein demokratisch legitimes Gremium jemals durchlaufen haben. Beispiele:

Im April 1999 unterzeichnete Bundeskanzler Schröder beim 50. Jahrestag der NATO die neuen NATO-Richtlinien. Die Verfassungsklage der PDS – Begründung: wurde niemals im Parlament diskutiert und verabschiedet – wurde vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt.

Das GATS-Abkommen hat noch niemals ein Parlament durchlaufen. Weder der Bundestag noch das Europaparlament haben sich damit auseinandergesetzt. Unterzeichnet wurde es von der parlamentarisch nicht gewählten Europakommission.



Beide Vorgänge werden noch heftige Wirkungen bis auf die kommunale Ebene entfalten. Pro Herten hat sich mit GATS bereits auseinandergesetzt und wird das in Zukunft weiter tun. (Umso erfreuter waren wir, dass auch der Frauenstammtisch sich Anfang November mit diesem Thema beschäftigt).

Auch auf kommunaler Ebene haben wir es zunehmend mit Problemen zu tun, die nicht im Stadtrat auf der Tagesordnung standen. Das ist v.a. auf die Finanzsituation der Stadt zurückzuführen. Wo die knappen Mittel eingesetzt werden, entscheidet in der Regel die Verwaltung – Prioritäten können mangels Masse vom Stadtrat nicht vorgegeben werden (Z.B. bei vorläufiger Haushaltsführung, bzw. keinem genehmigten Haushalt). Wenn der Bürgermeister als Verwaltungschef dem Rat eine Mitsprachemöglichkeit einräumt, dann ist das sein „guter Wille“ – er muss es nicht tun.

Die veränderten Rahmenbedingungen – unter denen Politik heute stattfindet – sind für uns auch zukünftig ein wichtiges Thema. Auch dies betrachten wir als Hilfestellung für die Politik, denn häufig genug arbeitet sie sich an den aktuellen Problemen ab und kann nur wenig Zeit für diese Bedingungen aufwenden. Diesen Rahmenbedingungen geschuldet sind auch unsere Aktivitäten zur Transparenz von Entscheidungen. (Wer, wo, wie viel Geld bekommt, ist ein eher nachrangiges Problem, wenn auch ein wichtiges.)

Angesichts der zunehmenden Privatisierungen öffentlichen Eigentums muss man zur Kenntnis nehmen, dass Aufsichtsratsmitglieder zuerst dem Wohl des Unternehmens zu dienen haben und nicht der Institution, die sie entsandt hat. (Aktien- und GmbH-Gesetz) Die Angabe von Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und Tantiemen werden von uns deshalb nicht als „kleine Gemeinheiten“ abgefordert, sondern um ihnen den Rücken zu stärken, wenn sie sich zu Gunsten des Gemeinwohles entscheiden wollen. Der Hinweis - „Man schaut auf uns, wie wir uns verhalten!“ – kann in dem einen oder anderen Fall helfen - nicht *vereinnahmt* zu werden.

Im Augenblick haben wir den Eindruck, dass uns mit Pro Herten etwas „Neues“ gelungen ist, das aber schon Vorbildcharakter zu entfalten „droht“. Wir wissen inzwischen, dass eine ähnliche Einrichtung für Recklinghausen in Planung ist.

Veränderte politische Rahmenbedingungen verlangen vermutlich auch veränderte Begleitung durch die Bürger, so wie in den 70er Jahren durch das steigende Umweltbewusstsein viele Bürgerinitiativen und die Umweltverbände entstanden. Angesichts der Globalisierung der Wirtschaft entstanden auch die Attac-Gruppen, von denen wir auch Inhalte auf die Ortsebene transformieren müssen (z.B. GATS).

Falls Interesse an einem Vortrag besteht, möge man Kontakt mit uns aufnehmen. Zur Kenntnis möge man aber auch nehmen, dass wir im Augenblick noch „Aufbauarbeit“ leisten und wir selbst noch nicht genau sagen können, wo uns der Weg inhaltlich hinführen wird. Das wird auch davon bestimmt, welcher Themen wir uns noch annehmen müssen.

Dieser vorstehende Text ist mit kleinen Korrekturen seit dem 13. November 2002 im Diskussionsforum von Pro Herten (<http://www.pro-herten.de/disc10/00000014.htm>) zu finden. Wenn Frau Stuckel-Lotz im Februar 2003 – also 4 Monate später – beklagt: „Ich warte übrigens noch heute auf die Beantwortung meines Fragebogens, den ich an Pro Herten geschickt habe...“, kann man nur feststellen, dass das nicht den Tatsachen entspricht. Sie kennt ihre eigene Antwort an Pro Herten nicht mehr: Am 11. November teilte sie mit „ ... ich persönlich habe nun auch kein Interesse mehr daran...“

Wie kann man auf etwas warten, an dem man kein Interesse mehr hat? Auf der gleichen Ebene liegen neue Beschuldigungen von Frau EMSL in einem Leserbrief vom 17. Februar 2003:

*„Im Übrigen haben Sie die Fragen nach der Finanzierung von Pro Herten oder auch die Finanzierung von Prozessen nicht beantwortet und auch nicht die Frage von Partei-Mitgliedschaften einzelner Pro Herten- Mitglieder und, und ...“*

Indirekt gibt sie zu, dass Fragen beantwortet wurden, aber viele („... und, und ..“) nicht. Auch das ist falsch und die Unwahrheit. Ihre Fragen vom Oktober 2002 wurden *alle* beantwortet. Wenn ihr die Antworten nicht gefallen haben, dann ist das ihr Problem – und nicht von Pro Hertens.

Weiterhin sei angemerkt: Fragen, die damals *nicht* in dem Fragenkatalog enthalten waren, konnten *selbstverständlich* auch nicht beantwortet werden. Weil die Frage nach Finanzierung von Prozessen nicht im Fragenkatalog enthalten war, konnten wir sie auch nicht beantworten.

Gedanken, wie wir Prozesse finanzieren, werden wir uns auch dann erst machen, falls welche auf der Tagesordnung stehen. Da Verleumdungen, Unterstellungen und Halbwahrheiten nicht unsere Arbeitsweise ist, gehen wir auch davon aus, dass wir uns über die Finanzierung von Prozessen keine Gedanken machen brauchen. Anzeigen wegen übler Nachrede oder Verleumdungen stellt man erst, wenn diese Tatbestände erfüllt sind und die Kosten hätten dann auch die Verurteilten zu tragen.

Also, *alle* Fragen wurden beantwortet, nur auf „... und, und ...“ fällt uns tatsächlich nichts Sinnvolles ein.

Bisher sahen wir keine Veranlassung, die Schreiben von Frau Stuckel-Lotz öffentlich zu machen. Immerhin sieht man ihnen die „Sorgfalt“ ihrer Auseinandersetzung an und erklärt die Zurückhaltung, die wir uns ihr gegenüber auferlegt haben. Nach den unwahren, diffamierenden, öffentlichen Äußerungen, gegenüber Joachim Jürgens sollte es keine falsche Rücksicht mehr geben, sie mit ihrem eigenen Geschreibsel bloßzustellen. Damit begibt man sich eben nicht auf das gleiche Niveau ...

Auf den neuesten Stand gebracht: 17. Februar 2003